

Zeitschrift:	Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber:	Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band:	75 (2004)
Heft:	9
Artikel:	Was der Spardruck bei KVG und IV für Heimleitende bedeutet : "Unser System ist heute zu wenig flexibel"
Autor:	Schneider, Bernhard / Wüthrich, Peter
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-804469

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was der Spandruck bei KVG und IV für Heimleitende bedeutet

«Unser System ist heute zu wenig flexibel»

■ Bernhard Schneider

Die Sozialleistungen geraten angesichts der Sparanstrengungen auf allen staatlichen Ebenen immer stärker unter Druck. Das sei ein Fehler, glaubt Institutionsleiter Peter Wüthrich. Nur ein solidarischer Förderungsansatz, der jedem Menschen mit einer Behinderung individuell gerecht werde, sei langfristig auch für die Allgemeinheit am günstigsten.

■ Als Institutionsleiter haben Sie neben der Erziehungs- und Förderungsaufgabe auch einen wirtschaftlichen Auftrag. Wie setzen sich Ihre Einnahmen zusammen?

Peter Wüthrich: Es ist besser, von Erträgen oder Beiträgen als von Einnahmen zu sprechen. Bei uns sind es die Beiträge der Invalidenversicherung, des Kantons Bern und diejenige der Herkunfts Kantone der Kinder und Jugendlichen, die Versorgerbeiträge – also die Beiträge der Eltern – sowie die Spenden. Mit dem Leistungsvertrag, der seit nunmehr zwei Jahren mit der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern besteht, wird vorab der Aufwand gesteuert. Der Ertrag spielt eine geringere Rolle.

■ Und welchen Stellenwert nimmt die Krankenversicherung ein?

Wüthrich: Bei uns praktisch keinen, einzig bestimmte Physiotherapieeinheiten werden über die Krankenkasse abgerechnet.

■ Bedeutet das, dass für Sie der IV-Beitragssatz entscheidend ist?

Wüthrich: Im Sommer 2003 hat der Bundesrat die IV-Verordnung geändert. Das führt unter anderem bei vielen Sonderschulen dazu, dass der Betriebsbeitrag auf den 1. Januar 2004 reduziert worden ist. Diese Ausfälle übernehmen in der Regel die Kantone. An sich ist der IV-Betriebsbeitrag eine namhafte Grösse, aber je nach kantonaler Regelung mit den Institutionen – bei uns, wie erwähnt, im Rahmen des Leistungsvertrags – hat er keinen direkten Einfluss auf diese.

■ Das könnte sich aber ändern: Es ist unklar, was bei einem weiteren Abbau der IV-Leistungen und der Krankenversicherung geschieht, auch der Ausgang der Abstimmung über den neuen Finanzausgleich ist offen. Wenn also der Topf der Sozialausgaben insgesamt kleiner wird, bedeutet das wohl auch für Sie weniger Geld. Wo würden Sie beim Sparen die Prioritäten setzen?

Wüthrich: Wir müssen bereits heute mit dem Leistungsvertrag alle Sparmöglichkeiten ausschöpfen. Weitergehende Sparvorgaben könnten nur über einen Qualitätsabbau aufgefangen werden. Bisher haben wir vor allem beim Sachaufwand gespart. Das heisst, bei weiteren Sparmassnahmen müssten wir beispielsweise heil- und sozialpädagogische Leistungen durch blosse Pflegeleistungen ersetzen. Anders ausgedrückt: Wir müssten im schlimmsten Fall auf die Förderung verzichten.



«Wir müssten im schlimmsten Fall auf die Förderung verzichten»

Fotos: bs

■ Das würde aber das Selbstverständnis unseres Staates, der jedem seiner Mitglieder ein Recht auf Förderung einräumt, zutiefst erschüttern! Wüthrich: Mit dieser Aussage bin ich einverstanden. Wir kommen zur ethisch-moralischen Seite der Sparthematik. Gerade auch als Verband Curaviva müssen wir uns vehement dafür einsetzen, dass Menschen mit einer Behinderung die notwendige Förderung und Pflege erhalten. Dies umso mehr, als sich die Betroffe-

nen meist nicht für sich selbst wehren können. Dieser Einsatz ist eine wichtige Kernaufgabe sowohl für die Verbände als auch für die Institutionen.

■ Das Prinzip unserer Sozialversicherung ist die Solidarität. Die Hilfebedürftigsten erhalten in der Schweiz am meisten Förderungsleistungen. Dagegen verfolgen viele andere Staaten einen Effizienzansatz und unterstützen die Begabtesten am stärksten. Laufen wir auch Gefahr, vom solidarischen zum effizienten Ansatz zu kippen?

Wüthrich: Ich glaube auch, dass die Schweiz bisher eine hohe ethisch-moralische Haltung einnimmt. Diese ist mit der Entsolidarisierung, die sich zurzeit beobachten lässt, aber tatsächlich gefährdet. Es besteht die Gefahr, dass das bisherige Selbstverständnis mit dem wachsenden Pluralismus abgebaut wird. Und die ersten Opfer sind dabei diejenigen, die sich am wenigsten wehren können.

■ Zurück zur konkreten Ebene: Im Rahmen der 4. IVG-Revision wurde die Hilflosenentschädigung für Menschen, die zuhause gepflegt werden, erhöht. Wie wirkt sich diese Massnahme auf die Betreuungseinrichtungen aus?

Wüthrich: Auf unsere Institutionen wirkt sich das nicht direkt aus. Die Eltern erhalten einfach mehr Mittel. Das entlastet sie bei der Finanzierung des Versorgerbeitrages oder ermöglicht ihnen beispielsweise die

Finanzierung einer Person, die bei der Betreuung Unterstützung bringt. Ich gehe davon aus, dass Integration immer das Hauptziel darstellt, selbst in Fällen, da sich Integration am besten mit Segregation verwirklichen lässt. Wir benötigen daher immer eine

fallbezogene Optik. Es gibt Menschen, die zuhause die besten Bedingungen haben, um sich zu integrieren, während andere dazu einer stationären Behandlung bedürfen. Wir brauchen also verschiedene Angebote, um jedem Einzelfall gerecht zu werden. Dieser differenzierte Ansatz, jeden Menschen nach seinen individuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten zu betrachten, ist Teil eines solidarischen Systems.

■ Was bedeutet diesbezüglich die Einführung der Dreiviertel-Rente?

Wüthrich: Auch dies hat für uns als Sonderschule keine Relevanz. Für mich ist jede Form der Rente sinnvoll, die eine individuell optimale Unterstützung ermöglicht

und damit auch Anreiz schafft – es könnte insofern auch Achtelsrenten geben. Es ist wichtig, dass alle, die nicht zu 100 Prozent am Arbeitsprozess teilnehmen können, eine Motivation erhalten,

sich so weit wie individuell möglich zu integrieren. Jede Rentenaufteilung, die das verbessert, ist grundsätzlich gut.

■ Bei der 5. IV-Revision verfolgt der Bundesrat das Ziel, die Zahl der Neu-

renten um 10 Prozent zu reduzieren.

Wie beurteilen Sie diese Zielsetzung?

Wüthrich: Die Zielsetzung, wirklich nur jenen eine Rente zu

gewähren, die sie tatsächlich benötigen, unterstütze ich. Es ist aber enorm schwierig, Profiteure des Systems ausfindig zu machen. Als isolierte Zielsetzung finde ich diesen rein quantitativen Ansatz sehr problematisch.

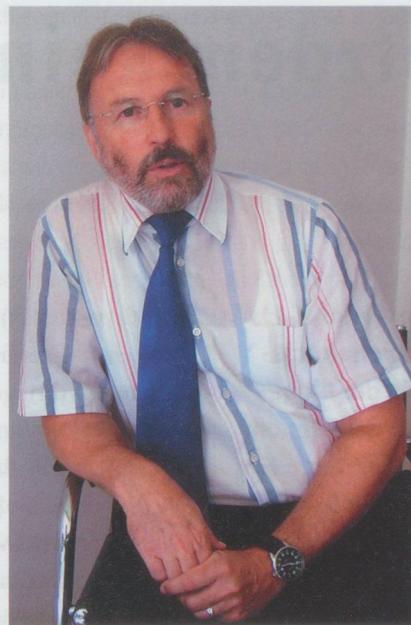
Es ist meines Erachtens eine selbstverständliche Aufgabe der Gesellschaft,

Menschen mit einer Behinderung die Teilhabe am Arbeitsprozess zu ermöglichen. So befürworte ich alle Anstrengungen, die in diese Richtung gehen, namentlich auch Anreizsysteme.

■ Damit der Staat Renten abbauen kann, müssen also private und öffentliche Unternehmen entsprechende Arbeitsplätze anbieten?

Wüthrich: Unbedingt! Ich bin überzeugt, dass Integration das Rentenvolumen reduziert. Unser System ist heute zu wenig flexibel, und die Gesellschaft ist zunehmend unsolidarisch gegenüber Menschen mit einer Behinderung.

«Es ist wichtig, dass alle, die nicht zu 100 Prozent am Arbeitsprozess teilnehmen können, eine Motivation erhalten, sich so weit wie individuell möglich zu integrieren»



«Es besteht die Gefahr, dass das bisherige Selbstverständnis mit dem wachsenden Pluralismus abgebaut wird»

Peter Wüthrich leitet die Stiftung für blinde und sehbehinderte Kinder und Jugendliche in Zollikofen BE, die Kinder und Jugendliche mit einer Sehbehinderung zwischen 5 Jahren und dem Ende der ersten beruflichen Ausbildung stationär oder ambulant fördert, begleitet und berät. Er ist Mitglied des Vorstandes von CURAVIVA und Präsident der Fachkonferenz Kinder und Jugendliche.